

Social-Demokrat.

Organ der social-demokratischen Partei.

Redaktion und Expedition:
Berlin,
Griechenstr. 17.

Abonnements-Preis für Berlin incl. Frachtkosten: vierteljährlich 16 Sgr., monatlich 6 Sgr., einzelne Nummern 5 Sgr.; bei den Postämtern in Preußen 16 Sgr., bei den außerpreussischen Postämtern in Deutschland gleichfalls 16 Sgr., (56 Kreuzer südd. Währung.)

Bestellungen werden anwärts bei allen Postämtern, in Berlin in der Expedition, sowie bei jedem solchen Expediteur entgegengenommen. Inserate (in der Expedition aufzugeben) werden pro viergespaltene Petit-Zeile mit 3 Sgr. berechnet. Arbeiter-Annoncen die Zeile nur 1 Sgr.

Agentur für England, die Colonien, Amerika, China und Japan Mr. A. Duesing 8 Little-Newport-Street, Leicester-Square. W. O. London.

Politischer Theil.

Berlin, 19. Mai.

Die „Berliner Volkszeitung“ ist demokratisch geworden! Diese That, so glauben wir, unsere Leser nicht werden erschauern sehen, als wenn wir an der Berliner Blätter die sprichwörtlich gewordene Mittheilung: „Der Papst ist lutherisch“ und doch steht es schwarz auf weiß in sechs langen Leitartikeln jener grimmigen Feindin des Socialismus, der „Volkszeitung“, daß sie social-demokratisch geworden! Wort Social-Demokratie muß doch einen klaren Klang haben, die Social-Demokraten sind doch eine gewaltige Macht erstanden, die die Phrase nicht mehr zieht: „Social-Demokraten sind Hiraxverbrannte Schwärmer oder Wüßler.“

In der That! Der einst verrufene Parteiführer ist durch das unermüdete Kämpfen um den Klassenkampf erstarkenden Proletariatspartei der Bourgeoisie und des Feudalismus zum Schicksal der Arbeiterklasse geworden!

Die Abtheilung der liberalen Bourgeoisie nach dem demokratischen Fahne zu legen; eine nach dem Pfad der schleichenden Intrigue; eine andere ruft aus: „Wir gehören der Demokratie an; ja, wir sind die wahren Demokraten!“

Die erste Fraktion der Bourgeoisie, welche den Namen der Social-Demokratie in die Arbeiterpartei zu schleichen, um dort die Verwirrung anzustiften, war die Partei. Allen Parteigenossen ist bekannt, Gelegenheit des Eisenacher Congresses die Intriguen enthüllt und ihre Urheber entlarvt. Und wer noch im Zweifel darüber war, daß jene Bourgeoisfraktion nicht die Social-demokratischen Geistes besitzt, den die neuesten Ereignisse zu Frankfurt a. M. wo in einer Wahlversammlung der Partei die Frankfurter Vorgesetzten im Verstand vom Allg. deutsch. Verein Abstimmen ein Wahlprogramm aufgestellt haben, das mit keinem Wort die Arbeiterfrage erwähnt, und welches nicht einmal die Einwirkung der Forderung ist, sondern bloß Verleumdungsdienste verlangt.

Die Partei, wie es seiner Zeit diese liebenswerthe Volkspartei machte, macht es jetzt die Partei. Der so lang gehegte und verheißene Social-Demokratie soll jetzt, alle andern Phrasen vergebens erschlüsseln, um die Arbeiter zu verwirren und zu täuschen. So tönt denn auf einmal die Partei: „Wir, Franz Dunder, Schulze und Max Hirsch sind die wahren Social-Demokraten, die Sozialisten aber, das sind die Demagogen!“

Die Partei, ein neuer Ehrentitel für uns; „Social-Demokrat“ sind wir! Wir gratuliren der Partei zu dieser neuen Erfindung! Vielleicht es nicht lange währen, so lesen wir die Partei: „Wir Fortschrittswänner sind die Social-Demagogen, die bisher die Partei sind blutdürstige Kommunisten.“ Die „Volkszeitung“ erst einmal den Namen in die Acht erklärten Namen Social-Demokraten für sich in Anspruch genommen, ist die Partei.

Wir sehen wir uns die amüsanten sechs Leitartikel näher an, so finden wir da teilweise alle die alten Phrasen der liberalen Bourgeoisie, mit denen wir uns schon oft auseinandergesetzt haben, als Grundsätze der „wahren Social-Demokratie“ aufgeführt.

Die Partei, z. B. gleich die „Volkszeitung“ auseinandergesetzt, wie folgt:

Das Thema führt den versöhnlichen Namen: „Social-Demokratie“, einen Namen, der wegen der Leidenschaftlichkeit der Behandlung, wegen der demagogischen Agitation, die sich damit verbindet und wegen der reaktionären Tendenzen, die sich dahinter verbergen, verächtlich genug und ganz geeignet ist, davon abzuschrecken. Allein hieran ist nicht das Thema, sondern der Mißbrauch, der damit getrieben wird, schuld. Das Thema ist so wichtig, daß es mit unabweislicher Macht immer und immer wieder an die Tagesordnung tritt, wie widerwärtig es auch durch das Geheiß der Demagogie geworden ist. Diesem Thema nachzugehen und es, so weit unsere Kraft populärer Darstellung reicht, durch leidenschaftlose Betrachtung zu klären, das soll unsere Aufgabe in den folgenden Artikeln sein.

Von vorne herein müssen wir aber einen Irrthum berichtigend, der leicht ein Mißverständnis unserer Aufgabe herbeiführt. Wir haben es nicht mit einer Erscheinung sehr flüchtiger und bedeutungsloser Natur zu thun, die sich hier in Berlin unter dem Titel „Social-Demokratie“ oft in brutaler Weise in den Vordergrund drängt. Wabehlich zum Todklagen ist dies Schimpfen der „Volkszeitung“; es muß den Flankmarsch in's social-demokratische Lager decken.

Und ähnlich geht es in Kraftandrücken weiter. Dann tritt plötzlich die Schwelung ein. Es wird die alte oft von dem Fortschrittlerthum verläugnete „Demokratie“ mit einigen Worten beachtet und dann flott in „Socialismus“ gemacht — freilich eine absonderliche Art Socialismus! So heißt da: nachdem von der Einführung allgemeiner Wahlen und Volksabstimmungen in den Ländern Europas die Rede gewesen:

Gewaltiger aber als all diese Erscheinungen ist der Uebergang derselben, die Umwandlungen der gesellschaftlichen Verhältnisse, die Beseitigung aller Ständevorrechte, die Gleichberechtigung jedes Gliedes der menschlichen Gesellschaft. Dies ist die sociale Revolution, welche sich zu Gunsten der demokratischen Grundzüge vollzogen hat. Und in diesem Punkte sind die Aufhebung der Leibeigenschaft in Rußland und die Gleichstellung der Negers in Nordamerika die gewaltigsten Erscheinungen, deren Folgen von dem unberechenbarsten Einfluß auf die Geschichte des Menschengeschlechtes sind.

Eine schöne „sociale Revolution“ und eine schöne „Social-Demokratie“, die so etwas predigt! Es ist unter unbestimmten Phrasen, bei denen man sich alles Mögliche denken kann, die alte liberale Bourgeoisieökonomie verpackt. Denn unter „Gleichberechtigung jedes Gliedes der menschlichen Gesellschaft“ versteht die „Volkszeitung“ in Wahrheit! die Gleichberechtigung jedes gleich viel Geld besitzenden Mitgliedes der Gesellschaft. Diese kolossale Verwechslung der Begriffe geht unzweifelhaft aus den ferneren Ausführungen der „Volkszeitung“, die wir noch näher besprechen werden, hervor.

Für heute begnügen wir uns damit, die gewichtige Thatsache zu constatiren, daß es mit dem Wig der Fortschrittler gegenüber der wachsenden Arbeiterbewegung so gründlich zu Ende gegangen ist, daß sie durch ein Taschenspielerkunststück — wir wollen nicht sagen: durch Taschendiebstahl — unserer Partei, der Arbeiterpartei, den Parteinamen Social-Demokratie entwidmen wollen. Dieses Manöver kann und nur mit Freude erfüllen; es zengt so von moralischem Bankrot, daß die noch im Schlepptau der Bourgeoisie befindlichen Arbeiter, die von dem Bourgeoisblut jetzt zu Social-Demokraten gemacht werden, gar bald aus fortschrittlichen oder volksparteilichen Schein-Social-Demokraten zu echten Social-Demokraten werden müssen!

Rundschau.

Berlin, 19. Mai.

Am Sonnabend findet im Reichstage des Norddeutschen Bundes die endgültige Abstimmung über die Todesstrafe statt. Die ministerielle „Proc.-Corresp.“ meldet, daß am Mittwoch ein Ministerrath unter Vorsitz des Königs und im Beisein des Kronprinzen stattgefunden habe. Die preussische Regierung sei entschlossen bei der dritten Berathung des Strafgesetzbuchs „erhebliche Opfer ihrer Ueberzeugungen“ zu bringen, aber von der Todesstrafe könne sie nicht Abstand nehmen. Darauf werden die National-Liberalen von dem ministeriellen Blatte zur Nachgiebigkeit ermahnt. Diese Ermahnung wird nicht auf unfruchtbaren Boden fallen; die Herren Nationalen werden schon richtig zu stimmen wissen — vor wenigen Wochen gegen und am

nächsten Sonnabend für Beibehaltung der Todesstrafe — und es wird weiter geklopft.

In der Sitzung des Reichstags vom 18. Mai entspann sich auch darüber, wann das Strafgesetzbuch auf die Tagesordnung gesetzt werden solle, eine lebhafteste Debatte. Ein Schreiben des Präsidenten Delbrück theilt nämlich mit, daß die Regierungen vor Sonnabend nicht in der Lage sind, in die dritte Lesung des Strafgesetzbuchs einzutreten. Derselbe fügt mündlich hinzu, daß er bereits vorgestern diese Mittheilung gemacht hätte, wenn er damals bei Feststellung der Tages-Ordnung anwesend gewesen wäre. Dem Hause fehle es an Arbeit nicht und der Mehrzahl werde es nicht gleichgiltig sein, die Stellung des Bundesraths in dieser Sache zu kennen. Diese mündlichen Bemerkungen gelten dem Abgeordneten v. Hoyerstedt, der darauf besteht, daß das Strafgesetz trotzdem morgen auf die Tages-Ordnung gesetzt wird. Miquel erklärt sich dagegen im Interesse einer möglichen Verständigung und mit Rücksicht auf die durch Krankheit verursachte Abwesenheit des Grafen Bismarck. Ähnlich äußert sich Graf Schwerin, während v. Hoyerstedt offen sein Wort eingesteht, die Zeit für ein außerordentliches Haus zu Stande zu bringendes Kommissariat möglichst abzuschneiden. Fries schließt sich ihm an, während Lasker den Regierungen die gewünschte Frist einräumen will, und in diesem Sinne entscheidet sich auch das Haus. — Man sieht, daß gerade die Nationalliberalen Zeit gewinnen wollen, sich mit der Regierung zu verständigen. — Am 28. Mai soll der Reichstag geschlossen werden.

Ueber den in der letzten Sitzung des Bundesrathes des norddeutschen Bundes vom Präsidium vorgelegten Gesetzentwurf über die Haftung der Unternehmer von Eisenbahnen, Bergwerken und Fabriken für die beim Betriebe dieser Unternehmungen verursachten Tötungen und Körperverletzungen machen die Zeitungen folgende Mittheilungen: § 1 bestimmt, wenn bei Bewegung von Eisenbahnfahrzeugen auf den Bahngelassen ein Mensch getödtet oder körperlich verletzt wird, so haftet der Eisenbahntransport-Unternehmer für den dadurch erwachsenen Schaden, sofern er nicht beweist, daß der Unfall durch höhere Gewalt oder durch eigenes Verschulden des Getödteten oder Verletzten verursacht ist. — Nach § 2 haftet, wer ein verletztes oder nicht verletztes Bergwerk, einen Steinbruch, eine Grube, oder eine Fabrik betreibt, wenn durch das Verschulden eines Bevollmächtigten oder Repräsentanten oder einer zur Leitung oder Aufsichtigung des Betriebes oder der Arbeiter angenommenen Person in Ausführung ihrer Dienstverrichtungen der Tod oder die Verletzung eines Menschen herbeigeführt ist, für dadurch entstandenen Schaden. — Der Schadenersatz ist nach § 3 zu leisten: 1) im Falle der Tödtung durch Erstattung der Kosten einer versuchten Heilung und der Beerdigung, und, sofern der Getödtete zur Zeit seines Todes einem anderen zur Gewährung des Unterhalts vermöglicherweise verpflichtet war, durch Ersatz des gesammten Vermögensnachtheils, welchen der Letztere in Folge des Todesfalls erleidet; 2) im Falle einer Körperverletzung durch Erstattung der Heilungskosten und durch Ersatz des gesammten Vermögensnachtheils, welchen der Verletzte durch eine in Folge der Verletzung eingetretene zeitweise oder dauernde Erwerbsunfähigkeit oder Verminderung der Erwerbsfähigkeit erleidet. — Die Inhaber der vorstehend bezeichneten Anlagen sind nach § 4 nicht befreit, durch Verträge (mittels Reglements oder durch besondere Uebereinkunft) die Anwendung der vorstehenden Bestimmungen auszuschließen oder zu beschränken, Vertragsbestimmungen, welche dieser Vorschrift entgegenstehen, haben keine rechtliche Wirkung. — § 5 überläßt dem freien Ermessen des Richters, aber die Wahrheit oder Unwahrheit der Thatsachen und über die Höhe des Schadens, den er in Rente oder Capital zubilligen kann, zu entscheiden. — Die Forderung auf Schadenersatz verjährt nach § 6 in einem Jahre. — Alle diese Vorschriften finden — nach § 7 — auch Anwendung, wenn Irmand auf Schadenersatz wegen der Tödtung oder Körperverletzung eines Menschen,

welcher bei dem Betriebe der bezeichneten Anlagen herbeigeführt ist, aus eigenem Verschulden in Anspruch genommen wird. — Nach § 8 bleiben die Bestimmungen der Landesgesetze in Kraft, nach welchen der Inhaber einer solchen Anlage auch außer den in diesem Gesetze vorgesehenen Fällen für den bei dem Betriebe der Anlage durch Tödtung oder Körperverletzung eines Menschen entstandenen Schaden haftet, oder von dem Verpflichteten für einen solchen Schaden ein höherer Ersatz als nach den Vorschriften dieses Gesetzes zu leisten ist.

Der Leser erinnert sich noch der Arbeiterunruhen in Reichenberg in Oesterreich, wo durch das plötzliche Erscheinen des Militärs die Arbeiter beunruhigt zum Widerstande gegen die bewaffnete Macht sich erhoben. Es wurden 12 Arbeiter verhaftet und ist über dieselben das Urtheil jetzt gesprochen worden. Ein Urtheil so schwer, daß man es nur begreifen kann, wenn man den unendlichen Haß kennt, den die österreichische Regierung auf die Arbeiterbestrebungen wirft. Einer der Arbeiter Anton Härtel ist während der Untersuchung gestorben. Das Urtheil lautete: Für Wilhelm Lange auf 2 Jahre 6 Monate schweren Kerker, für Franz und Josef Hoffmann, C. Reinecke und Heinrich Scholze auf 1 Jahr schweren Kerker, für Wenzel Paz, Ignaz Spallig und Augustin Pfeiffer auf 1 Monat schweren Kerker, für Ferdinand Reichelt und Wenzel John auf 1 Monat strengen Arrest. Freigesprochen wurde A. Hopf.

Die Behauptung einiger Blätter, daß gelegentlich der Veröffentlichung des Ergebnisses der Volksabstimmung in Frankreich besondere Festlichkeiten veranstaltet werden würden, wie Abingung eines Te Deum, Illumination etc. wird von der „Patrie“ widerlegt. Wenn die Regierung es unterläßt, in dieser Weise den Erfolg ihrer Gegner zu feiern, so zieht sie doch andererseits, denselben die Bügel wieder straffer an. Die „Marxillaise“ ist auf zwei Monate suspendirt worden. Da man die Behauptungen des Blattes nicht widerlegen konnte so unterdrückt man es einfach. Das ist in der Regel die Handlungsweise der Machthaber — anstatt des Rechtes herrscht die rohe Gewalt.

Die Nachrichten aus Italien bestätigen, daß eine wohlorganisirte republikanische Erhebung dort gegenwärtig stattfindet. Italienische sowohl als deutsche Blätter aller Parteifarben fallen über das italienische Ministerium her, daß es sich zu schwach erwiesen habe, den Aufstand im Keime zu ersticken. Sie möchten so gerne das Blut der Revolutionäre fließen sehen. Selbst ein demokratisches Blatt, eins der Organe der Eisenacher Volkspartei, das „Frankfurter Journal“, lamentirt folgende Maßen:

Die Wiederholung der traurigen Ereignisse von Paris und Venedig verheißt Niemand in Erfahrung, denn sie waren die natürliche Folge der Untätigkeit des Ministeriums in so wichtiger Frage. Der Mann, welcher sich in Cotanzano zum Vizepräsident der internationalen Republik andrücken ließ, ist ein Ca-abrese, Namens Piccoli, einer der Tausend von Marzani, die wie der Häuptling aus der eigenen Höhe wieder aufsteigen und flach im Ab-sinken im Ausruhen begriffen sind, so daß ihre Zahl, wenn man die Oskordenen mitechnet, wohl drei Tausend übersteigt. Die Aufständigen werden immer wilder und mächtiger, denn der neue Aufstand war unsicherlich hier organisiert als alle blühenden, nur mußte die Tapferkeit der Menge nicht den Erwartungen der Anführer entsprechen, denn beim Zusammenreffen mit den Truppen wurde kein einziger Soldat verwundet, so daß man belachen glauben möchte, sie hätten ihre Schwere mit abgemondem O-Satte abgeschossen. Bon ihnen blieben hingegen Tödtete und Verwundete auf dem Plage. Warum diese Geschichte nicht verachtet wurde, beweist kein Mensch, besonders da man weiß, daß schon vor 3 in Monaten ein Marquis Cacatone mehrere Briefe aus Minicium richtete, in denen er die Operationen, welche vorbereitet wurden, ankündigte und sogar die Namen der Häupter angab. Es wurde ihm nicht geglaubt und nicht in der Sache gethan, obgleich Quarlerio ebenfalls die Vatermörder Gaudes des Jahres 67 zwei Jahre zuvor angekündigt hatte. Jeden Tag gleit das Ministerium neue Beweise seiner Blindheit, man möchte sagen, seiner Reichheit. So sprach vor einigen Tagen der Minister Venzia im Parlament seine Zukunftsansicht aus, daß Renouiti Garibaldi, der Sohn des G. Garibaldi, sich der Regierung zu nähern schien. Die hundert Bürger ersten Ranges hatten sich nämlich dem Ministerium zur Verfügung gestellt, hatten sogar gebeten, sich den Truppen anzuschließen zu dürfen, um bei der Ueberwindung der Rebellen mitzuhelfen. Auf dieser Stelle handelte man auch Renouiti Garibaldi's Name, den der Minister mit Freuden gewahrte, indem er nicht an eine

